



Liebe lärm-betroffene Einwohner von Kleinolbersdorf/Altenhain,

das große Fest zum 700-jährigen Bestehen des Ortes Altenhain steht bevor. Unser Verein Bürgerinitiative Lärmschutz B174 e.V. wird auch am 19.8. mit einem Stand von 14 bis 18 Uhr am Rathaus Altenhain vertreten sein, um mit Ihnen wieder einmal ins Gespräch zu kommen. In den letzten Wochen haben wir nochmal Schreiben an den Verkehrsminister Dobrindt, an den Ministerpräsidenten Tillich, an die Oberbürgermeisterin Ludwig und an den Verkehrsminister Dulig versendet sowie die Abgeordneten per e-mail angesprochen.

Unser Anliegen dabei war, diesmal auch auf den Aspekt des weiteren autobahnähnlichen Ausbaus der B174 in Tschechien, den Bau von Rastanlagen auf deutscher Seite, die Ortsumgehung Hohndorf und den weiteren Ausbau des Südrings in Richtung Dresden hinzuweisen, was das Schlimmste hinsichtlich weiterem starken Anwachsens des Schwerlastverkehrs befürchten läßt. Ohne notwendigen Schallschutz wird hier ein Teil der EU-Helsinki-Korridore (großes transeuropäisches Verkehrsnetz) durch Wohngebiete führen: vom Orient über die Strecke Belgrad/ Sofia -Budapest - Prag -Dresden – Berlin in Richtung Rostock bzw. Hamburg (Orient-East-Med). Da innerhalb dieses Korridors die Strecke Dresden – Prag durchgehend mautpflichtig und streckenmäßig länger ist, stellt die Nutzung der B 174 eine kostengünstigere Alternative im Vergleich zur Nutzung der Autobahn Prag – Dresden dar, die auch von Speditionsfirmen auf Grund der Kosteneinsparung empfohlen wird.

Damit die Umgehungsstraße in Hohndorf gebaut werden kann, wird zur Begründung der Verkehrsentwicklungsplan 2025 mit den höheren Prognosen für die Verkehrsbelegung - v.a. im Bereich des Schwerlastverkehrs - herangezogen, während dieser hier in Kleinolbersdorf/Altenhain als Berechnungsgrundlage für den aktiven Lärmschutz abgelehnt wurde! Hier bei uns wird nach wie vor, auch im ergänzenden Planfeststellungsverfahren, mit alten Zahlen (2015) gerechnet, damit man die Lärmschutzmauern nicht erhöhen und keine weiteren errichten muss- wenn es jedoch um die Begründung eines Neubaus geht, wird der Plan 2025 herangezogen! Unser Einspruch genau dagegen war Gegenstand einer Petition von ca. 400 Bürgern aus unserem Ort im laufenden Verfahren, unsere Bitte um Gleichbehandlung wurde ignoriert!

Der Schutz der Gesundheit der Bürger hat jedoch Vorrang vor allen anderen Wirtschaftszielen. Eine große Anzahl von Studien belegen, dass ständige Lärmpegel über 40 dB- v.a. in einer höheren Frequenz, wie Sie auch von Fernlastern ausgesendet wird - besonders schädlich für das Herz-Kreislauf- und das Nervensystem sind. Lt. Passchier-Vermeer & Passchier (2000) ist Lärmbelastung als bedeutendes Public Health-Problem anzusehen. Siehe GEDA-Studie 2012 (<http://edoc.rki.de/series/gbe-kompakt/5-4/PDF/4.pdf>).

Somit ist es dringend erforderlich, dass die veralteten Lärmgrenzwerte des RLS-90, die mit der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV von 1990) rechtskräftig wurden, abgeändert werden! Eine breite Unterstützung der Wissenschaft und der Bevölkerung wird es für die längst fällige Gesetzesänderung geben!

Ein weiteres Problem - die mit dem steigenden Verkehrsaufkommen in den Wohngebieten zunehmende Feinstaubbelastung - wird bislang überhaupt nicht thematisiert. Lärm und Feinstaub machen krank! Der heutige Stand der Technik erlaubt jedoch bereits, Lärmschutz und Schutz vor Luftschadstoffen effektiv zu verbinden. Im Planfeststellungsverfahren geht man

übrigens bei der Berechnung der Schadstoffbelastung an der B174 in unserem Bereich immer noch von einem Verkehrsaufkommen von nur 10 % Schwerlastanteil aus!

Das Recht auf körperliche Unversehrtheit ist ein verfassungsmäßig garantiertes Grundrecht gemäß Artikel 2 des Grundgesetzes. Während man in Leipzig und Dresden eine grüne Umweltzone eingerichtet hat, wird in Chemnitz der internationale Schwerlast-Fernverkehr mitten durch Wohngebiete gelenkt.

Wird die „Stadt der Moderne“ wieder zum „Ruß-Chams“?

An unserem Stand am Rathaus zum Fest "700 Jahre Altenhain" erfahren Sie die aktuellen Neuigkeiten zur Bearbeitung Ihrer Einwendungen zum Planfeststellungsverfahren und können von uns "Lärmpostkarten" erhalten. Diese sollten Sie an die wichtigsten Ämter versenden mit ihren eigenen Kommentaren (Porto übernehmen wir). Damit möchten wir weiterhin Druck auf das Bearbeitungsverfahren ausüben, um verstärktes Augenmerk auf die Erhaltung der Gesundheit unserer Bürger, v.a. der Heranwachsenden, zu lenken!

Antje Kräuter, Anette Mädler, Kai Schüler  
für die Bürgerinitiative Lärmschutz B174 e.V.